



Menschenrechte der Flüchtlinge verkauft

Als einen fundamentalen Verstoß gegen die Menschenrechte von Flüchtlingen kritisiert DIE LINKE den EU-Türkei-Deal. Er sei darüber hinaus faktisch nicht umsetzbar und werde nur neue, gefährlichere illegale Wege der Flucht schaffen, erklärte Sabine Berninger, flüchtlingspolitische Sprecherin der Linksfraktion.

Die EU nehme einen Despoten als Partner, der täglich die innenpolitische Krise im eigenen Land weiter eskaliert. „Das Abkommen führt zu einem Massenabschiebeprogramm, welches geltendes Asylrecht mit Füßen tritt“, kritisierte die Abgeordnete scharf und unterstützt daher ausdrücklich Vorhaben u.a. von PRO ASYL, den EU-Türkei-Deal rechtlich anzufragen. Die unmenschliche Lage der Flüchtlinge wie zuletzt in Idomeni zeige, dass der maßgeblich von Bundeskanzlerin Angela Merkel angestrebte Deal keinen Lösungsansatz biete, sondern nur die „traurige Realität einer inhumanen Festung Europa zementiert und verfolgte Menschen zu anderen gefährlichen Fluchtwegen zwingt. Der Deal wird den Schleppern nicht die Handlungsgrundlage entziehen, sondern ihnen zu einer neuen Konjunktur verhelfen. Europa braucht sichere, legale Wege für Flüchtlinge und eine wirksame und nachhaltige Bekämpfung der Fluchtursachen anstelle von Deals mit einem Staat, welcher in seiner Innen- und Außenpolitik Menschenrechte missachtet“, betonte die LINKE-Politikerin. ■

Die meisten Minijobs werden von Frauen verrichtet

Am Rande der März-Sitzung des Landtags hatten Vertreterinnen und Vertreter der rot-rot-grünen Koalition zusammen mit Gewerkschafterinnen und dem Landesfrauenrat mit einer Aktion auf die nach wie vor ungleiche Bezahlung von Frauen und Männern aufmerksam gemacht.

Gefordert wurde, die durchschnittliche Entgeltlücke von fast 22 Prozent in Deutschland endlich zu schließen. Vor dem Equal Pay Day am 19. März, dem Tag der gleichen Bezahlung von Männern und Frauen, erklärte die gleichstellungs- und sozialpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Karola Stange:

„Berufe mit Zukunft“, wie das Motto des diesjährigen Equal Pay Days lautet, sind vor allem auch die sogenannten Care-Berufe, also Berufe in der Erziehung und Pflege. Es ist nicht hinnehmbar und zeugt von deren geringer gesellschaftlicher Wertschätzung, dass gerade Frauen, die diese Arbeit im Wesentlichen tragen, eklatant weniger verdienen als ihre männlichen Kollegen.“ Die LINKE-Politikerin forderte erneut ein Entgeltgleichheitsgesetz auf Bundesebene, „das schon lange vorliegen sollte“.

Ina Leukefeld, arbeitspolitische Sprecherin der Linksfraktion, hatte auf die umgerechnet 79 Tage, die Frauen länger arbeiten müssen als Männer, um letztlich auf den gleichen Lohn zu kommen, aufmerksam gemacht. „Man kann es auch anders ausdrücken: Dann steht der Equal Pay Day für den Tag im Jahr, bis zu dem Frauen umsonst arbeiten, wäh-

rend Männer schon seit dem 1.1. für ihre Arbeit bezahlt werden“, so die Abgeordnete weiter. Analysen zeigten, dass die bis etwa 2010 andauernde gravierende Ausbreitung der Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern sowie zwischen Ost und West scheinbar gestoppt werden konnte. Dennoch sei keine Entwarnung angesagt. „Die Gründe für die Lohndifferenz sind vielfältig“, sagte

stungsbereich zu finden“, so die Abgeordnete. „Trotz Einführung des Mindestlohnes von 8,50 Euro partizipieren Teilzeitbeschäftigte nur wenig, weil das Einkommen insgesamt nicht existenzsichernd ist. Dabei werden 77 Prozent aller Minijobs von Frauen verrichtet“, machte die LINKE-Politikerin deutlich.

Foto: Peter Lahn



Die LINKE-Abgeordneten spenden die Diätenerhöhung

Die automatische Erhöhung der Diäten für die Landtagsabgeordneten, die in Artikel 54 der Thüringer Verfassung geregelt ist, halten die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE für falsch, weil sie eine Form von Selbstbedienungsmentalität darstellt.

Der automatische Erhöhung der Diäten fehlt die notwendige Transparenz gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, sie führt zu Politikverdrossenheit. Außerdem wird bei der Erhöhung von einer Datenbasis ausgegangen, die nicht den realen Einkommens- und Vermögensverhältnissen in Thüringen entspricht. Seit Inkrafttreten der Verfassung kämpft die LINKE gegen die automatische Erhöhung der Diäten für Abgeordnete. Ei-

ne Verfassungsklage war leider nicht erfolgreich, unsere Anträge zur Abschaffung oder zumindest Aussetzung der Erhöhungen fanden bei den anderen Parteien im Landtag nicht die notwendige Mehrheit. Vor allem die CDU machte sich für die automatische Erhöhungen der Diäten stark.

Deshalb gründeten 1995 Abgeordnete der PDS (heute DIE LINKE) den Verein Alternative 54 Erfurt e.V., der die automatische Erhöhungen der Abgeordneten-Diäten an soziale, kulturelle und ehrenamtliche Vereine und Initiativen sowie Jugendprojekte

weitergibt. Seit der Gründung hat der Verein mehr als 2.700 Zuwendungen getätigt. Über eine Million Euro wurden so von den Abgeordneten aus den Diätenerhöhungen für gemeinnützige Zwecke gespendet.

Unterstützt wurde jetzt beispielsweise die Klasse 8b der Musäusschule in Weimar-West. Die alternative Spende, die der Abgeordnete Steffen Dittes überbrachte, dient der Förderung des Graffiti-Projekts der Klasse im Rahmen der Verleihung des Titels „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“. Die Abgeordnete Karola Stange übergab anlässlich der Jahreshauptversammlung der Rheumaliga in Erfurt einen Spendenscheck, mit dem Geld sollen neue Sportgeräte angeschafft werden. ■

Weitere Infos

Alle zwei Wochen erscheint der Parlamentsreport der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag als gedruckte Beilage zur Thüringer Wochenzeitung UNZ – Unserer Neue Zeitung (www.unz.de). Darin unsere wichtigsten Themen, aktuelle Gesetzesinitiativen, Auszüge aus Landtagsreden, Berichte über Aktionen und Veranstaltungen, Hintergrundinformationen und vieles mehr, online unter www.die-linke-thl.de/nc/media-thek/parlamentsreport.

Sämtliche Infos der Fraktion, Pressemitteilungen, Termine, Kontakte zu den Abgeordneten, ihre Reden, Parlamentsinitiativen, Links zu den Social-Media-Kanälen der Fraktion DIE LINKE unter: www.die-linke-thl.de

